

presse

Für Sicherheit und Arbeitsschutz bei Offshore-Arbeitsplätzen sorgen

Die SPD-Bundestagsfraktion verlange von der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage Auskunft über die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für Offshore-Windpark. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Beckmeyer:

Sicherheit gibt Rückenwind für den Offshore-Jobmarkt. Um die Potenziale von Offshore-Windparks vor deutschen Küsten zu nutzen, müssen Bund, Länder und Betreiberfirmen für sichere Arbeitsplätze auf den Plattformen sorgen. Die SPD-Fraktion im Bundestag verlangt daher in einer Kleinen Anfrage Antworten von der Bundesregierung, erklärt Uwe Beckmeyer.

Sicherheit gibt Rückenwind für den Offshore-Jobmarkt. Um die Potenziale von Offshore-Windparks vor deutschen Küsten zu nutzen, müssen Bund, Länder und Betreiberfirmen für sichere Arbeitsplätze auf den Plattformen sorgen.

Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt daher in einer Kleinen Anfrage Antworten von der Bundesregierung. In den kommenden Jahren sollen in Hochsee-Windparks in Nord- und Ostsee rund 75 Milliarden Euro investiert werden. Die Branche erwartet rund 10.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland; rund 600 bis 1.000 Menschen werden künftig auf den Windpark-Anlagen beschäftigt sein. Daher muss das vorhandene System zur Rettung auf See für Einsätze in Offshore-Windparks gezielt erweitert werden. Denkbar sind zum Beispiel Unfälle auf der Plattform oder aber ein havariertes Schiff, das in den Windpark zu geraten drohe. Bisher ist nicht genau geregelt, welche Sicherheitsbehörde im

Notfall für die Bergung von Unfallopfern zuständig sei. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die zuständigen Behörden müssen die erforderlichen Befugnisse und Ressourcen erhalten, um die notwendigen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen durchsetzen und entsprechende Übungsmaßnahmen anordnen zu können. Überdies sollte es für alle Beschäftigten, die künftig auf den Offshore-Windparks arbeiten, entsprechende Trainings zum Gesundheits- und Arbeitsschutz und für Schadensfälle geben. Dazu sind zertifizierbare Mindestanforderungen für die Aus- und Fortbildung der am Bau und Betrieb von Offshore-Windparks beteiligten Beschäftigten erforderlich. Dabei müssen auch die Gewerbeaufsichtsämter und Berufsgenossenschaften einbezogen werden.

Der Anteil an Leiharbeitskräften ist bei Windenergieunternehmen besonders hoch. Die SPD-Bundestagsfraktion fragt daher die Bundesregierung, ob seitens der Verleihfirmen Sicherheitstrainings oder Schulungen zum Arbeitsschutz speziell für den Einsatz bei Offshore-Anlagen durchgeführt werden. Die Windenergieunternehmen sind dafür verantwortlich, ausreichende Schutz- und Sicherheitskonzepte zu entwickeln und diese in regelmäßigen Übungen zu erproben. Notwendig sind klare Standards für Notfallvorsorge und Arbeitsschutz für den Wachstumsmarkt Offshore-Windenergie.